

Termin Volk entscheidet am 18. September an der Urne über die Initiative «Familie und Beruf»

VADUZ Am Sonntag, den 18. September, werden die liechtensteinischen Stimmbürger über die von der Wirtschaftskammer eingebrachte Initiative «Familie und Beruf» abstimmen können, wie «Volksblatt»-Recherchen ergaben. Mit der Initiative will die Kammer vor allem zwei Probleme lösen: So soll zum einen die ausserhäusliche Kinderbetreuung forciert werden, zum anderen eine Umschichtung der Mutterschaftsgelder erfolgen. Beide Anliegen sollen aus der Familienausgleichskasse (FAK) finanziert werden, die ausschliesslich von Einzahlungen der Unternehmen gespeist wird. Der Vorschlag der Wirtschaftskammer im Detail:

- Mit 1,5 Millionen Franken der FAK sollen künftig weitere Kita-Plätze, Tagesstrukturen und Mittagstische subventioniert werden. Das soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Nun müssen die Stimmbürger über die Initiative befinden. (Foto: M. Zanghellini)

verbessern und für eine Gleichbehandlung der Betreuungseinrichtungen im Land sorgen.

- 6,5 Millionen Franken sind für Tagelder bei Mutterschaft vorgese-

hen. Derzeit wird die Entschädigung von 20 Wochen von den Krankenkassen übernommen. Mit einer Umschichtung, hin zur FAK, würden die Prämien für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sinken. Die Schwangerschaft würde zudem versicherungstechnisch nicht mehr als Krankheit angesehen werden.

Die Initiative sorgte in der jüngsten Landtagsitzung für ausgiebige Diskussionen. Während der Vorschlag zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung unbestritten war, orteten einige Parlamentarier bei der Vorlage rund um die Mutterschaftstaggelder Schwachstellen. Am 18. September sind nun die Stimmbürger am Zug. Abgestimmt werden kann aber nur über die gesamte Initiative. Wird sie an der Urne abgelehnt, sind beide Themen vom Tisch und es heisst: Zurück an den Start. (sb)